

## Recht der Mitgliedstaaten - Lettland



Šis puslapis išverstas mašininio vertimo priemone ir jo kokybė negali būti užtikrinta.

In diesem Abschnitt finden Sie Informationen über das Rechtssystem in Lettland.

### Rechtsquellen

Lettland ist Teil der kontinentaleuropäischen Rechtsordnung. Die wichtigsten Rechtsquellen sind die externen geschriebenen Gesetze zur Umsetzung der lettischen Rechtsordnung.

### Externe Rechtsvorschriften

Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften gelten für Rechtsverhältnisse zwischen Einrichtungen des öffentlichen Rechts und natürlichen oder juristischen Personen.


Arten von Rechtsakten im Außenbereich und ihre Hierarchie der Rechtswirkung:

- Verfassung der Republik Lettland (Verfassung);
- sonstige Gesetze;
- Kabinettsverordnungen;
- Die Bestimmungen der lettischen Zentralbank, der Finanz- und Kapitalmarktkommission und der Public Utilities Commission (in der lettischen Rechtsordnung haben diese Bestimmungen den gleichen rechtlichen Rang wie die Verordnungen des Kabinetts);
- Verbindliche Vorschriften für lokale Behörden.

**Das Recht der Europäischen Union** gilt nach Maßgabe des Ortes, an dem die externen Rechtsvorschriften den Rang eines Rechts haben. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union sollte auch von den Organen und Gerichten bei der Anwendung des Unionsrechts berücksichtigt werden.

**Die Regeln des Völkerrechts** werden unabhängig von ihrer Quelle entsprechend ihrem Platz in der Rechtsordnung der externen Rechtseinheit angewandt. Im Falle einer Diskrepanz zwischen dem Völkerrecht und dem lettischen Recht der gleichen Rechtskraft findet die Regel des Völkerrechts Anwendung.

Die **verbindlichen Vorschriften der Gemeinden** sind für alle natürlichen und juristischen Personen innerhalb ihres jeweiligen Verwaltungsgebiets verbindlich.

Externe Rechtsvorschriften und sonstige Rechtsvorschriften werden im  Amtsblatt der Europäischen Union für Latvijas Vēstnesis veröffentlicht. Die amtliche Veröffentlichung ist öffentlich und verbindlich. Niemand kann die Unkenntnis der im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakte oder amtlichen Bekanntmachungen geltend machen.

Einrichtungen, die befugt sind, externe Rechtsakte zu erlassen:

- Die lettische Bevölkerung – das Recht auf Gesetzgebung (1/10 ist das Recht, der Saeima einen Gesetzentwurf vorzulegen; das Recht auf Teilnahme am Referendum),
- Die Saeima (Parlament), die Legislativbehörde,
- Das Ministerkabinet: das Recht, gesetzgeberisch tätig zu werden,
- Die Bank von Lettland, die Finanz- und Kapitalmarktkommission und die Kommission für öffentliche Versorgungsbetriebe (Public Utilities Commission) – das Recht, Gesetze zu erlassen,
- die lokalen Behörden – das Recht, Gesetze zu erlassen.

## Interne Rechtsvorschriften

Ein interner Rechtsakt ist eine Handlung, die von einer Einrichtung des öffentlichen Rechts für die Zwecke der Bestimmung ihres eigenen internen Verhaltens oder ihrer eigenen Regelungen oder für die Auslegung der Regelungen für die Anwendung eines auswärtigen Gesetzgebungsaktes in ihrem Tätigkeitsbereich erlassen wird. Die internen Gesetze und Vorschriften sind für den Einzelnen nicht bindend. Wenn also ein Organ eine Entscheidung in Bezug auf eine Privatperson trifft, kann sich seine Entscheidung daher nicht auf den internen Rechtsakt stützen.

Arten von internen Gesetzen und Vorschriften:

- Geschäftsordnung, Geschäftsordnung – Organe, von dem Organ oder der Einrichtung eingerichtete Kollegialorgane und Organisation der Arbeit;
- Empfehlungen: Festlegung der Verfahren für die Ausübung des in den Gesetzen und sonstigen Vorschriften vorgesehenen Ermessens mit dem Ziel, eine einheitliche Behandlung bei einheitlichen Fällen zu gewährleisten. In bestimmten Fällen kann auf Empfehlungen verzichtet werden, wenn ausreichende Gründe dafür vorliegen;
- Anweisungen zur Anwendung der Grundsätze des auswärtigen Rechts oder des allgemeinen Rechts;
- interne Vorschriften – Festlegung der Verfahren für die Annahme der Verwaltungsentscheidung, der Wahrnehmung der Aufgaben der Beamten und sonstigen Bediensteten, der Verhaltensregeln, des Beschäftigungsschutzes innerhalb des Organs und aller sonstigen Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitsweise des Organs.

Die internen Rechtsvorschriften sind rechtlich gleich. Bei Widersprüchen zwischen den internen Gesetzen und Vorschriften gilt die von einer höheren Behörde oder einem Beamten erlassene Maßnahme.

Stellt der Beamte einen Widerspruch zwischen den von den Organen oder Beamten der hierarchischen Ebene erlassenen internen Rechts- und Verwaltungsvorschriften fest, so gilt er

1. die allgemeine Rechtsstaatlichkeit, soweit dies unbeschadet einer spezifischen Bestimmung gilt;
2. die neuesten internen Rechtsvorschriften, wenn beide Bestimmungen allgemein oder spezifisch sind. Der Zeitpunkt des Erlasses des internen Rechtsakts ist entscheidend.

Stellt der Beamte einen Widerspruch zwischen dem internen Recht und dem externen Regulierungsakt fest, wendet er den externen Regulierungsakt an.

Zur Ausstellung von internen Gesetzen und sonstigen Vorschriften befugte Stellen:

- Das Kabinett;
- Mitglied des Kabinetts;
- abgeleitete öffentliche Einrichtung;
- der Leiter der Behörde;
- Leiter der Dienststelle des Organs.

## Arten von Rechtsquellen – Beschreibung

Arten von Rechtsquellen:

- Gesetze und Verordnungen – Rechtsvorschriften, die Rechtsvorschriften erlassen, in die Rechtsvorschriften aufgenommen werden, ändert sie oder hebt sie auf. Die Gesetze und sonstigen Vorschriften werden in externe Rechts- und Verwaltungsvorschriften und interne Rechts- und Verwaltungsvorschriften unterteilt.
- allgemeine Rechtsgrundsätze – schriftlicher (gesetzlicher) oder ungeschriebener Rahmen für das objektive Recht des öffentlichen Lebens;
- Gewohnheitsrecht – Verhaltensvorschriften, die sich aufgrund langjähriger Anwendung entwickelt haben. Das Gewohnheitsrecht gilt, wenn das Recht oder die andere externe Rechtsvorschrift keine angemessene Regulierung des Sachverhalts sowie die Auslegung von Rechtsvorschriften vorsieht;
- Rechtsprechung – ein Bündel gerichtlicher Entscheidungen, die abstrakte Rechtsgutachten abstrakt enthalten und die Richter in anderen Fällen in ihrer Begründung heranziehen können;

- die Rechtslehre, der vorhandene Bestand an wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Aufschluss über die Rechtsvorschriften, ihre Herkunft und ihre Anwendung gibt. Die Rechtslehre wird in der Begründung von Entscheidungen der Justiz und der öffentlichen Verwaltungen ausgiebig verwendet.

## Die Hierarchie der Rechtsquellen

### Primäre Rechtsquellen

- Rechtsvorschriften: eine Rechtsquelle für eine höhere Rechtskraft. Die Gesetze und sonstigen Vorschriften werden entsprechend ihrem Platz in der Rechtsordnung der externen Rechtsordnung angewandt;
- allgemeine Rechtsgrundsätze – eine Rechtsquelle, die anwendbar ist, wenn die betreffende Angelegenheit nicht durch ein externes Recht geregelt wird. Sie werden auch bei der Auslegung von Gesetzen und Vorschriften verwendet. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze sind rechtlich nicht gleichrangig;
- Gewohnheitsrecht: wenn ein Gesetz oder eine andere externe Rechtsvorschrift keine angemessene Regulierung des Sachverhalts sowie die Übersetzung von Rechtsvorschriften vorsieht.

### Sekundäre Rechtsquellen

- Rechtsprechung – Urteile des Gerichtshofs, die nach der Geschäftsordnung für die Gerichte verbindlich sind, die sich mit Ansprüchen befassen. Solche Urteile sind vollstreckbar, müssen für alle verbindlich sein und dem Recht gleichgestellt werden.

Die Urteile des Verfassungsgerichts sind für alle nationalen und lokalen Behörden, Institutionen und Beamten, einschließlich der Gerichte und der natürlichen und juristischen Personen, verbindlich. Eine vom Verfassungsgericht anerkannte Bestimmung (Handlung), die mit einer gesetzlichen Bestimmung einer höheren Rechtskraft nicht vereinbar ist, gilt ab dem Tag der Veröffentlichung des Urteils des Verfassungsgerichts als null und nichtig, sofern das Verfassungsgericht nichts anderes vorsieht.

Wenn das Verfassungsgericht eine von Lettland unterzeichnete oder geschlossene internationale Übereinkunft für verfassungswidrig erklärt hat, muss das Kabinett unverzüglich Schritte zur Änderung, Kündigung, Aussetzung oder Kündigung des Abkommens unternehmen.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts über die Beendigung des Verfahrens, in dem das Recht ausgelegt wird, ist für alle nationalen und lokalen Behörden, Stellen und Beamten, Gerichte und natürliche und juristische Personen verbindlich.

- die Rechtslehre findet breite Anwendung in der Begründung von gerichtlichen und nationalen regulatorischen Entscheidungen. Die Rechtslehre hat keine Rechtswirkung und ist nicht universell bindend.

## Institutionelle Ebene

### Einrichtungen, die befugt sind, externe Gesetze und sonstige Vorschriften zu erlassen

Das **Saeima** und die Bevölkerung **Lettlands** bei den Wahlrechten ihrer Völker – das Recht auf gesetzgeberische Tätigkeit.

Das **Kabinett** kann in folgenden Fällen Gesetze erlassen:

- auf der Grundlage der im Gesetz enthaltenen Genehmigung;
- die Durchführung einer internationalen Übereinkunft oder eines entsprechenden Entwurfs zu billigen oder auszusetzen, sofern nicht in der Verfassung oder in der Verfassung etwas anderes bestimmt ist;
- wenn das Recht der Europäischen Union dies verlangt und die entsprechende Frage des Rechts nicht geregelt ist. Solche Regelungen können die Grundrechte einer Privatperson nicht einschränken.

Die **Bank von Lettland**, die **Finanz- und Kapitalmarktkommission** und die **Regulierungskommission** für öffentliche Versorgungsbetriebe ( **Public Utilities Regulatory Commission**) – das Recht auf Anwendung externer Rechtsvorschriften (Verordnungen) auf der Grundlage eines gesetzlichen Mandats in Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen.

**Gebietskörperschaften** — das Recht auf gesetzliche oder externe Rechtsakte auf der Grundlage von Kabinettsverordnungen (bindende Bestimmungen).

### Verfahren für die Erstellung von Rechtsakten

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die Verfahren für die Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen.

### Rechtsvorschriften

## **Vorlage von Gesetzesentwürfen an die Saeima**

Entwürfe von Gesetzen können der Saeima vom Präsidenten der Republik, vom Ministerkabinett, den Ausschüssen Saeima, mindestens fünf Mitgliedern und in Fällen und in Übereinstimmung mit der Verfassung der Republik Lettland, einem Zehntel der Wählerschaft vorgelegt werden.

## **Prüfung und Annahme von Gesetzesentwürfen in der Saeima**

Die Saeima [Parlament] betrachtet die Gesetzentwürfe in drei Lesungen als angenommen. Zwei Lesungen umfassen Entwürfe von Gesetzen, die als dringlich erachtet werden, den Staatshaushalt, Änderungen des nationalen Haushalts und Entwürfe von Gesetzen, die die Genehmigung internationaler Verträge vorsehen.

Ein Gesetzentwurf gilt als angenommen, wenn er in drei Lesungen oder in den oben genannten Fällen in zwei Lesungen und in seiner Gesamtheit mit der absoluten Mehrheit der anwesenden Mitglieder behandelt wird.

## **Bekanntmachung von Gesetzen**

Der Wortlaut der von der Saeima angenommenen Gesetze wird dem Präsidenten der Republik übermittelt.

Der Präsident verkündet die vom Parlament verabschiedeten Gesetze spätestens zehn Tage nach dem einundzwanzigsten Tag nach ihrer Verabschiedung. Dieses Gesetz tritt 14 Tage nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Republik Lettland Latvijas Vēstnesis, wenn keine andere Frist gesetzlich vorgesehen ist, in Kraft.

## **Recht auf Aussetzung des Gesetzes**

Der Präsident der Republik hat das Recht, eine zweite Prüfung des Gesetzes zu verlangen oder die Veröffentlichung des Gesetzes für einen Zeitraum von zwei Monaten auszusetzen.

Das Recht des Präsidenten der Republik verwendet auf Ersuchen von mindestens einem Drittel seiner Wahlperiode von sich aus seine eigene Initiative und die Aussetzung der Veröffentlichung des Gesetzes von sich aus. Dieses Recht kann innerhalb von zehn Tagen nach Annahme des Gesetzes durch die Saeima vom Präsidenten oder einem Drittel der Mitglieder der Saeima ausgeübt werden.

Im Rahmen dieser Regelung wird das Gesetz in das Referendum aufgenommen, wenn nicht weniger als ein Zehntel der Wähler bei der Unterzeichnung des Referendums darum ersucht. Wenn jedoch innerhalb von zwei Monaten kein entsprechender Antrag eingeht, wird das Gesetz veröffentlicht. Das Referendum findet jedoch nicht statt, wenn die Saeima das betreffende Gesetz umstimmt und die Annahme der Abstimmung nicht weniger als drei Viertel aller Mitglieder der Saeima beträgt.

Die Annahme durch die Saeima und den Präsidenten des Staates kann, wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten an den letzten Parlamentswahlen teilnimmt, das Referendum aufheben, wenn mindestens die Hälfte der Wähler in der letzten Wahlperiode daran teilnimmt und eine Mehrheit für die Abschaffung des Rechts gestimmt hat.

Allerdings können nicht alle Gesetze in einem Referendum abgehalten werden. Der Haushalt und die Gesetze über Kreditaufnahme, Steuern, Zölle, Eisenbahntarife, Kriegsführung, Kriegserklärung und Gründungsphase, Friedenaufbau, Friedenserklärung und ihre Beendigung, Mobilisierung und Demobilisierung sowie Devisenverträge können nicht für die Abstimmung durch die Volksbefragung zur Verfügung gestellt werden.

## **Inkrafttreten des Gesetzes**

Dieses Gesetz tritt 14 Tage nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Republik Lettland in Kraft, wenn es keine andere gesetzlich vorgeschriebene Frist gibt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes beginnt am Tag nach dem Tag seiner Veröffentlichung.

## **Rechtsrechtsaufhebung**

Das Gesetz läuft in folgenden Fällen aus:

- vorbehaltlich des Inkrafttretens des Gesetzes über die Anerkennung des geltenden Rechts
- wenn eine andere Bestimmung der Übergangsbestimmungen des Gesetzes, die den Verlust von Gewalt vorsieht, in Kraft getreten ist;
- wenn das Urteil des Verfassungsgerichts in Kraft getreten ist, das die Anerkennung des geltenden Rechts als abgelaufen vorsieht;
- die Gesetzeskraft im Laufe der Zeit, als das Gesetz auf dünne Basis erlassen wurde.

## **Kabinettsverordnungen**

### **Vorlage eines Entwurfs einer Kabinettsverordnung an das Ministerkabinett**

Ein Kabinettsmitglied hat das Recht, dem Ministerkabinett von einem Kabinettsmitglied des Ministers einen Verordnungsentwurf vorzulegen.

Die Leiter anderer staatlicher und lokaler Regierungsstellen sowie Nichtregierungsorganisationen und Organisationen der Sozialpartner sind berechtigt, Entwürfe von Rechtsvorschriften nur über das Kabinett, das für den betreffenden Sektor, Sektor oder Teilsektor politisch verantwortlich ist, an die Sitzung des Kabinettsausschusses oder an einer Kabinettsitzung zu übermitteln.

### **Prüfung und Annahme eines Entwurfs einer Kabinettsverordnung**

Entwürfe von Verordnungen, die dem Ministerkabinett vorgelegt wurden, werden in der Sitzung der Staatssekretäre bekannt gegeben und erörtert. Nach der Einberufung wird der Entwurf der Kabinettsverordnung den zuständigen Ministerien und gegebenenfalls den anderen zuständigen Behörden übermittelt. Das Justizministerium und das Finanzministerium geben eine Stellungnahme zu allen Gesetzesentwürfen ab. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen können auch während der Vermittlung Stellung nehmen.

Der Entwurf der harmonisierten Vorschriften wird in einer Sitzung des Kabinetts geprüft, jedoch nicht bei einer Sitzung der Staatssekretäre oder in einer Sitzung des Kabinettsausschusses vereinbart. Die vereinbarten Projekte sind Gegenstand einer Sitzung des Ministerkabinetts. Sollte der Entwurf der Geschäftsordnung in der Sitzung des Kabinetts genehmigt werden, gilt dies als angenommen und werden als Kabinettsverordnung erlassen.

### **Werbung für Kabinettsverordnungen**

Die Kabinettsverordnungen werden durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Republik Lettland Latvijas Vēstnesis bekannt gemacht.

### **Inkrafttreten der Kabinettsverordnung**

Die Kabinettsverordnungen treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Republik Lettland in Kraft, wenn keine andere Frist für das Inkrafttreten bekannt ist.

### **Erklärung der Kabinettsverordnung**

Kabinettsverordnungen treten in den folgenden Fällen außer Kraft:

- Inkrafttreten der Kabinettsverordnung über die Ungültigerklärung der entsprechenden Kabinettsverordnung;
- für den Fall, dass die endgültige Ausgaberegeln des Ministerkabinetts in Kraft getreten ist, die die Ungültigerklärung der entsprechenden Kabinettsverordnung vorsieht;
- wenn das Gesetz, auf dessen Grundlage die entsprechende Kabinettsverordnung erlassen wurde, nicht hinfällig wird;
- wenn das Urteil des Verfassungsgerichts in Kraft getreten ist, das die Ungültigerklärung der entsprechenden Kabinettsverordnung vorsieht;
- Zeitpunkt der Geltungsdauer der Verordnungen des Ministerkabinetts, wenn die Verordnungen des Ministerkabinetts vorübergehend erlassen wurden.

### **Regeln der Bank von Lettland, der Finanz- und Kapitalmarktkommission und der Kommission für öffentliche Versorgungsbetriebe**

Das Verfahren für die Verkündung, das Inkrafttreten und den Verlust der Kraft der Vorschriften der Zentralbank Lettlands, der Finanz- und Kapitalmarktkommission und der Kommission für öffentliche Versorgungsbetriebe entspricht dem des Ministerkabinetts, dem Inkrafttreten und dem Verlust von Gewalt.

### **Die von den lokalen Behörden erlassenen Rechtsakte (verbindliche Bestimmungen);**

#### **Vorlage von Entwürfen von Verordnungen lokaler Behörden an den Gemeinderat**

Entwürfe von Vorschriften für Gebietskörperschaften im Gemeinderat können vom Rat, dem Rat des Stadtrats, dem Stadtrat, dem Initiator der außerordentlichen Sitzung und dem geschäftsführenden Direktor der Stadt oder der Gemeinde vorgelegt werden.

#### **Prüfung und Annahme der Verordnungsentwürfe für Gebietskörperschaften**

Die Entwürfe von Verordnungen, die für Gebietskörperschaften verbindlich sind, werden angenommen und werden verbindlich geregelt, sofern mehr als die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates in der betreffenden Anwesenheit dafür stimmen und das Gesetz nichts anderes vorsieht.

Der Rat übermittelt dem Ministerium für Umweltschutz und Regionalentwicklung eine schriftliche und elektronische Mitteilung, in der die Rechtmäßigkeit der von der Gemeinde erlassenen verbindlichen Verordnungen innerhalb von drei Arbeitstagen nach Eingang der verbindlichen Verordnungen bewertet und die betreffende Stellungnahme der örtlichen Behörde innerhalb von drei Arbeitstagen nach Unterzeichnung der verbindlichen Vorschriften übermittelt wird, und übermittelt sie innerhalb von drei Arbeitstagen nach deren Unterzeichnung auf elektronischem Wege.

Erhebt das Ministerium für Umweltschutz und Regionalentwicklung innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist keine Einwände gegen die verabschiedete verbindliche Rechtsvorschrift oder innerhalb der im Gesetz festgelegten Frist, erklärt die Gemeinde die verabschiedeten verbindlichen Vorschriften nicht.

Nach Erhalt einer Stellungnahme des Ministeriums für Umweltschutz und Regionalentwicklung, in der die Rechtswidrigkeit von verbindlichen Vorschriften oder Teilen davon begründet wird, legt der Gemeinderat die in der Stellungnahme enthaltenen bindenden Bestimmungen und die darin enthaltenen bindenden Bestimmungen fest. Stimmt ein Gemeinderat nicht ganz oder teilweise mit der Stellungnahme überein, so begründet der Rat in seiner Entscheidung eine angemessene Begründung und erlässt verbindliche Vorschriften. Die verbindliche Regelung wird dem Ministerium für Umweltschutz und Regionalentwicklung innerhalb von drei Arbeitstagen nach seiner Unterzeichnung schriftlich und in elektronischer Form übermittelt.

#### **Einführung verbindlicher Vorschriften für die lokalen Gebietskörperschaften**

Der Stadtrat der Republik Lettland veröffentlicht die verbindlichen Vorschriften und die Begründung im [Amtsblatt Latvijas Vēstnesis](#). Der Gemeinderat veröffentlicht die verbindlichen Verordnungen und deren Begründung im Amtsblatt „Latvijas Vēstnesis“ (ab 06.11.2015) oder in einer lokalen Zeitung oder in einer freien Ausgabe.

Der Gemeinderat erlässt verbindliche Vorschriften, die den Ort der Veröffentlichung der verbindlichen Vorschriften festlegen und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Latvijas Vēstnesis) veröffentlicht werden. Der Gemeinderat ändert die Veröffentlichung der verbindlichen Regelung in Abständen von höchstens einem Jahr. Die verbindlichen Bestimmungen der lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften werden mit ihrem Inkrafttreten auf der Website der Gebietskörperschaft veröffentlicht. Darüber hinaus wird der Zugang zu den verbindlichen Vorschriften des Gemeinderates im kommunalen Betriebsratsgebäude und in der Gemeinde oder den Stadtverwaltungen gewährleistet.

#### **Inkrafttreten verbindlicher Vorschriften für die lokalen Gebietskörperschaften**

Die verbindlichen Vorschriften treten am Tag nach ihrer amtlichen Veröffentlichung in den geltend gemachten Ausgaben in Kraft, wenn darin kein anderes Datum des Inkrafttretens angegeben ist.

#### **Ungültigkeitserklärung der verbindlichen Vorschriften der lokalen Gebietskörperschaften**

Die verbindlichen Vorschriften der örtlichen Behörden werden in folgenden Fällen hinfällig:

- das Inkrafttreten verbindlicher Vorschriften über die Anerkennung der einschlägigen verbindlichen Vorschriften im Falle des Außerkrafttretens;
- wenn die Schlussregel für andere verbindliche Bestimmungen in Kraft getreten ist, die die Ungültigkeitserklärung der einschlägigen verbindlichen Bestimmungen vorsieht;
- das Auslaufen einer höheren gesetzlichen Bestimmung, auf deren Grundlage die einschlägigen bindenden Vorschriften erlassen wurden;
- wenn das Urteil des Verfassungsgerichts in Kraft getreten ist, das die Ungültigkeitserklärung der einschlägigen bindenden Bestimmungen vorsieht;
- eine verbindliche Bestimmung gilt für einen bestimmten Zeitraum, wenn die verbindlichen Vorschriften für einen bestimmten Zeitraum erlassen werden.

#### **Rechtsdatenbanken**

##### **Amtsblatt der Republik Lettland Latvijas Vēstnesis**

Bei dem Amtsblatt Latvijas Vēstnesis handelt es sich um das Amtsblatt der Republik Lettland, und die darin veröffentlichten Informationen sind amtliche Bekanntmachungen.

- Die amtliche Veröffentlichung ist öffentlich zugänglich und rechtsverbindlich.
- Niemand kann die Unkenntnis der im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakte oder amtlichen Bekanntmachungen geltend machen.

Seit dem 1. Juli 2012 erfolgt die amtliche Veröffentlichung der amtlichen Veröffentlichung durch die amtliche Veröffentlichung des Amtsblatts „Latvijas Vēstnesis“ [unter https://www.vestnesis.lv](https://www.vestnesis.lv). Die Informationen, die [vor dem 1. Juli 2012 auf der Website https://www.vestnesis.lv](https://www.vestnesis.lv) veröffentlicht wurden, sind informativ. Die amtliche Veröffentlichung dieser Informationen erfolgt in Form der Zeitung „Latvijas Vēstnesis“.

### Konsolidierte Rechtsakte

Konsolidierte Gesetze, Kabinettsverordnungen und andere Gesetze und Verordnungen finden sich auf der Website des lettischen Rechts [unter http://www.likumi.lv/](http://www.likumi.lv/). Alle veröffentlichten konsolidierten Rechtsvorschriften sind informativ. Das Gelände wird vom amtlichen Verlag VSIA [Latvijas Vēstnesis](#) geführt.

### Amtlicher Verlag

Das Amtsblatt (Amtsblatt Latvijas Vēstnesis) wurde von der VSIA Latvijas Vēstnesis [\(Latvijas Vēstnesis\)](#) veröffentlicht.

Der amtliche Verlag arbeitet gemäß den Anforderungen der internationalen Norm ISO 9001: 2015 (Qualitätsmanagement) und ISO 27001: 2013 (Informationssicherheit).

### Ist der Zugang zur Datenbank kostenlos?

Das Amtsblatt der Republik Lettland „Latvijas Vēstnesis“ ist kostenlos erhältlich. Der Zugriff auf das elektronische Archiv der Veröffentlichungen der Zeitung „Latvijas Vēstnesis“ ist ebenfalls kostenlos. Ebenso ist der freie Zugang auch für die Website der konsolidierten Rechtsvorschriften vorgesehen.

### Links

[Die Saeima \(Parlament\) der Republik Lettland](#)

[Ministerkabinett der Republik Lettland](#)

[Latvijas Banka](#)

[Finanz- und Kapitalmarkt-kommission](#)

[Public Utilities Commission](#)

[Kontaktinformationen der lokalen Behörden in Lettland](#)

[Amtsblatt Latvijas Vēstnesis](#)

[Das Gesetz der Republik Lettland](#)

---

**Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.**

Letzte Aktualisierung: 22/10/2019